

DIE ZAHL

25

Prozent beträgt der Marktanteil von Durex in Russland. Damit ist das Produkt dort eine der bekanntesten Kondommarken. Doch nun haben die russischen Gesundheitsbehörden den Verkauf der Durex-Kondome verboten. Die Produkte seien nicht ordnungsgemäss registriert worden, begründete Behördenchef Michail Muraschko den Schritt. Das Verbot gelte so lange, bis die britische Herstellerfirma Reckitt Benckiser vorgeschriebene «technische, toxikologische und andere Tests» vorgenommen habe. Trotz des Verbots der Durex-Kondome gebe es keine Engpässe in Russland, beeilte sich Muraschko festzuhalten. Durex sei lediglich eine von rund 60 Marken, die in



Russland erhältlich seien. Das Land kämpft seit längerem mit einer steigenden Zahl an HIV-Infektionen. Nichtregierungsorganisationen werfen den Behörden mangelnde Präventionsmassnahmen vor. (afp)

Dorma + Kaba baut Stellen ab

RÜMLANG. Gut neun Monate nach der Fusion setzt der Sicherheitstechnikkonzern Dorma + Kaba den Rotstift an. Eine Restrukturierung in Deutschland kostet 440 Stellen. Die Streichung der Arbeitsplätze sei eine Folge einer verbesserten Kostenstruktur, einer Straffung der Organisation und der Nutzung von Synergien, teilte das Unternehmen mit. Vom Abbau sei auch die Verwaltung betroffen. Gleichzeitig werden in Singapur und im chinesischen Suzhou 160 Stellen neu geschaffen, um erhöhte Produktionsanforderungen erfüllen zu können. Am deutschen Standort Ennepetal verbleiben die Deutschland-Zentrale, die Zentrale des Segments Zutrittssysteme und ein Teil der Gruppenfunktionen. Die Fusion der Schweizer Kaba-Gruppe mit der deutschen Dorma schuf 2015 die weltweit drittgrösste Firma der Branche mit 16000 Angestellten. (sda)

Wo am liebsten gearbeitet wird

ZÜRICH. Unter den «besten Arbeitgebern Europas», die von der Beratungsfirma Great Place to Work ausgezeichnet werden, finden sich auch dieses Jahr mehrere Firmen respektive Standorte von Unternehmen in der Schweiz. In den Top 25 der multinationalen Unternehmen liegt EMC auf Platz 3, Cisco Systems auf 4, Adecco auf 5, NetApp auf 7, AbbVie auf 8, McDonald's auf 17, Johnson & Johnson auf 18 und Phoenix Contact auf 25. Hinzu kommt Hilti aus Liechtenstein auf Rang 10. Europäischer Gesamtsieger der Multis ist Mars. In der Kategorie der kleinen und mittleren Unternehmen bis 500 Mitarbeitende findet sich in den Top 25 eine Schweizer Firma, die UMB AG, die in der Informationstechnologie tätig ist. UMB hat in der Schweiz sieben Standorte, darunter je einen in St. Gallen und in Frauenfeld. Für die Ranglisten wurden 700000 Angestellte in 19 europäischen Ländern befragt. (red.)

Frisches Geld für «Zur Rose»

Die Corisol Holding AG aus Zug steigt bei der Frauenfelder «Zur-Rose»-Gruppe ein und erwirbt eine Minderheitsbeteiligung. Mit der so erreichten Kapitalerhöhung will «Zur Rose» wachsen.

STEFAN BORKERT

FRAUENFELD. Schon seit einigen Monaten war die Frauenfelder Versandapotheke Zur Rose auf der Suche nach Investoren. Im Mai 2015 hatte die Generalversammlung einer Kapitalerhöhung von 900 000 Namensaktien mit einem Nennwert von je Fr. 5.75 zugestimmt. «Zur-Rose»-Chef Walter Oberhänsli betont, dass man einen starken Investor bevorzuge. Mit der Zuger Corisol Holding AG der Schweizer Unternehmerfamilie Frey ist dieser nun gefunden worden. Corisol investiert bewusst in kleine und mittlere Unternehmen. Corisol ist im Übrigen auch einer der grössten Waldbesitzer in Neuseeland. Dort besitzt die Investmentfirma 18000 Hektaren Wald. Corisol-Chefin Vanessa Frey sagt zum «Zur-Rose»-Deal: «Wir freuen uns, mit dem Erwerb des Aktienpakets der «Zur-Rose»-Gruppe unsere Strategie der Beteiligung an zukunftsgerichteten, technologisch führenden Unternehmen nun auch auf den Healthcare-Bereich auszuweiten.»

Erste Tranche mit 20 Millionen

Die Corisol-Holding AG wird mit dem Kauf von 500 000 Namensaktien für insgesamt 20 Mio. Fr. neue Ankeraktionärin der «Zur-Rose»-Gruppe. Sie leistet damit die erste Tranche im Rahmen einer zweistufigen Kapitalerhöhung und wird zunächst 13,3% des Aktienkapitals halten. Nach Erreichung definierter Meilensteine im Kontext der Wachstumsstrategie werde Corisol weitere Mittel in Höhe von 18 bis 24 Mio. Fr. der «Zur-Rose»-Gruppe bereitstellen, sagt Oberhänsli.

Mit ihrem Engagement beabsichtigt Corisol, eine strategische Minderheitsbeteiligung an der «Zur-Rose»-Gruppe zu übernehmen. Nach der erfolgreichen Integration von DocMorris, durch deren Übernahme sich das Geschäftsvolumen der «Zur-Rose»-Gruppe verdoppelte, sei das Unternehmen bereit für die nächsten Expansionsschritte, fährt Oberhänsli fort. Im letzten Jahr seien dafür wichtige Weichen für die Zukunft gestellt worden. Im



Kontrolle beim Versand der Medikamente der Apotheke Zur Rose. Bild: pd

niederländischen Heerlen habe die Gruppe ein neues, hochmodernes Logistikzentrum in Betrieb genommen und damit neue Kapazitäten auf einer günstigeren Kostenbasis geschaffen.

Markenpräsenz verstärken

«Die beiden Tranchen sind nur eine zeitliche Komponente, werden aber für dieselben Wachstumsinitiativen eingesetzt», sagt Oberhänsli. «Wir verfolgen mit der Kapitalerhöhung drei Wachstumsziele: Erstens möchten wir die Marktführerschaft im Segment der rezeptpflichtigen Arzneimittel in Deutschland weiter ausbauen.» Sollte die deutsche Preisbindung für EU-ausländische Versandapotheken fallen, biete dieses Geschäft zusätzliche Wachstumsperspektiven. Zweitens beabsichtige «Zur Rose», das OTC-Wachstum in Deutschland zu beschleunigen. Damit ist der Handel mit rezeptfreien Medikamenten, der Over-the-Counter-Markt gemeint. In diesem Geschäftsfeld findet eine starke Marktdynamik statt. «Der OTC-Versand von DocMorris ist 2015 um 15 Prozent gewachsen», und Oberhänsli fährt fort: «Drittens steht in der Schweiz die Omnichannel-Strategie durch die Verknüpfung von Versand- und stationärem Geschäft im Fokus der Wachstumspläne. Dazu gehört die für Sommer geplante Eröffnung des ersten Flagshipstores in Bern.»

Eine neue Verwaltungsrätin

Vanessa Frey, Geschäftsführerin und Verwaltungsratsmitglied der Corisol Holding AG, soll anlässlich einer ausserordentlichen Generalversammlung am 1. September als neues Mitglied für den Verwaltungsrat der «Zur-Rose»-Gruppe vorgeschlagen werden. Gleichzeitig sollen dann die heute geltende Stimmrechtsbeschränkung von 3% aufgehoben und die Vinkulierungsbestimmungen angepasst werden. Damit würden auch zukünftig Mitbewerber von einer Beteiligung ausgeschlossen, erklärt Oberhänsli. Vinkulierung bedeutet, dass die Gesellschaft die Übertragung von Namensaktien verweigern kann.

Befragt

«Kein weiterer Mittelzufluss nötig»



Walter Oberhänsli
Geschäftsführer
«Zur-Rose»-Gruppe, Frauenfeld

Ist die Investorensuche vorbei?
Richtig. Im Rahmen der Kapitalerhöhung war uns wichtig, einen oder mehrere strategische Ankeraktionäre an Bord zu haben, die die erforderlichen finanziellen Mittel für die geplanten Wachstumsinitiativen zu leisten bereit sind. Die Höhe der Investition von Corisol erfordert keinen weiteren Mittelzufluss.

Die zweite Tranche wird von Corisol bezahlt, wenn Sie bestimmte Meilensteine erreicht haben, zum Beispiel?
Die Details der Vereinbarung mit Corisol sind vertraulich.

Sind Akquisitionen geplant?
Grundsätzlich schliessen wir Akquisitionen nicht aus. Eine solche Transaktion müsste sich jedoch ökonomisch auszahlen.

Werden Sie die Milliarden-grenze beim Umsatz dieses Jahr knacken können?
Dieses Jahr käme das einem Umsatzsprung von 20 Prozent gleich, was nicht realistisch ist. Für die Zukunft möchte ich nicht spekulieren, wobei ich zugebe, dass das Durchbrechen dieser Schallgrenze uns als stolzes junges Unternehmen stolz machen würde.

Ist der Versand rezeptfreier Medikamente hierzulande nach dem Bundesgerichtsentscheid zum Erliegen gekommen?

Dem ist so. Wir glauben aber, dass der Gesetzgeber den Bedürfnissen des Marktes nicht dauerhaft entgegenstehen kann. (bor)

Nigeria gibt Währung Naira frei

Wegen des tiefen Ölpreises und Produktionsausfällen als Folge von Unruhen muss die Zentralbank Nigerias den festen Wechselkurs zum Dollar aufgeben.

CHRISTIAN MIHATSC

ABUJA. Ab Montag unterliegt der Kurs der nigerianischen Währung Naira wieder den Marktkräften. Die nationale Zentralbank hat angekündigt, die Koppelung an den Dollar aufzugeben. Nach Russland, Kasachstan und Angola wertet damit ein weiterer Ölexporteur seine Währung ab. Derzeit beträgt der feste Wechselkurs 199 Naira pro Dollar. An den Future-Märkten liegt der Kurs aber bei 300 Naira, und auf dem Schwarzmarkt kostet ein Dollar 370 Naira. Für die 175 Millionen Nigerianer bedeutet das: Einerseits werden Importe deutlich teurer, andererseits dürfte damit der Mangel an alltäglichen Waren behoben sein. Um den Wechselkurs zu verteidigen, musste die Zentralbank in den letzten Monaten Dollar rationieren. Ausserdem galten Kapitalverkehrskontrollen.

Die Märkte haben die Nachricht positiv aufgenommen: An

der nigerianischen Börse stiegen die Aktienkurse um 3%. Ausserdem stiegen die Preise für nigerianische Staatsanleihen (in Dollar), so dass ihre Rendite fiel. Die Freigabe des Wechselkurses sei «wohl das Beste, worauf die Märkte hoffen konnten», sagte Ridle Markus von Barclays gegenüber der Agentur Bloomberg. Die Zentralbank äusserte die Hoffnung, dass sich der Kurs der Naira mittelfristig bei 250 Naira pro Dollar einpendeln wird.

Devisenreserven nehmen ab

Der feste Wechselkurs war erst im März 2015 eingeführt worden, und die Regierung hatte noch vor zwei Wochen gesagt, dass die Koppelung bleibe. Doch das wirtschaftliche Umfeld hat sich immer mehr eingetrübt: Im 1. Quartal 2016 ist Nigerias Wirtschaft um 0,4% geschrumpft. Die Inflation beträgt über 15%. Um den Wechselkurs zu verteidigen, musste die Zentralbank immer mehr Devisenreserven verkau-

fen; seit Jahresbeginn sind sie um 10% geschrumpft.

Umstrittene Ölförderung

Grund für Nigerias Probleme ist der Ölpreis und die wieder aufflammenden Unruhen im Nigerdelta, wo das Öl gefördert wird. Öl hat in den letzten beiden Jahren über die Hälfte an Wert verloren und kostet derzeit rund 50 \$ pro Fass. Im Januar waren es gar nur 30 \$. Ein Grund für den jüngsten Preisanstieg liegt auch in Nigeria: Dort greifen Rebellen Ölinstallationen des Landes an. Daher ist Nigerias Ölproduktion von 2,2 Mio. auf 1,5 Mio. Fass pro Tag gefallen. Hauptkritikpunkte von Rebellen wie den Niger Delta Avengers sind die Verteilung der Öleinnahmen und die Umweltverschmutzung: Allein der Ölkonzern Shell hat über 1600 Lecks in den letzten zehn Jahren zugegeben. Das entzieht Volkgruppen wie den Foni, die Landwirtschaft und Fischfang betreiben, die Lebensgrundlage.

Griechenland erhält weitere Milliardenhilfe

LUXEMBURG/ATHEN. Der Eurorettungsfonds ESM hat die Überweisung einer Hilfstranche von 7,5 Mrd. € für Griechenland auf den Weg gebracht. Das Direktorium des Fonds, in dem die Finanzstaatssekretäre der Euroländer sitzen, beschloss gestern die Auszahlung. Damit ist vorläufig die Gefahr gebannt, dass Athen wegen anstehender Rückzahlungen in Milliardenhöhe an die Europäische Zentralbank (EZB) kommenden Monat erneut der Staatsbankrott droht.

Auszahlungen haben gestockt

Griechenland und die internationalen Geldgeber (EU, EZB und Internationaler Währungsfonds) hatten sich im Juli vergangenen Jahres auf ein drittes Hilfspaket im Umfang von bis zu 86 Mrd. € verständigt, um Griechenland vor der Pleite und dem Aus als Mitglied der Eurozone zu bewahren. Seit Ende vergangenen Jahres gab es aber keine Auszahlungen mehr, weil die griechische Regierung bei zugesag-

ten Reformen im Steuer- und Rentenwesen in Verzug war.

Mechanismus für den Notfall

Gestern nun sagte ESM-Chef Klaus Regling, die Auszahlung der 7,5 Mrd. € sei «eine Anerkennung für das Engagement der griechischen Regierung, wesentliche Reformen umzusetzen». So habe Athen Gesetze für eine Reform des Rentensystems und der Einkommenssteuer verabschiedet sowie einen neuen Privatisierungs- und Investmentfonds aufgelegt. Zudem sehen die Vereinbarungen mit den Gläubigern einen Notfall-Mechanismus vor. Dieser verpflichtet Athen zu weiteren Reformen und Sparmassnahmen, wenn es im Jahr 2018 angestrebte Haushaltziele verfehlt. Regling zeigte sich zuversichtlich, dass Griechenland auf dem Weg sei, «zu Wirtschaftswachstum zurückzukehren». Weitere 2,8 Mrd. € Hilfgelder könnten ab September ausbezahlt werden, wenn Athen mehrere Bedingungen erfüllt. (rtr)